

CH-Seminar zum Thema Medienförderung

29 wertvolle Stühle für die Bernerinnen und Berner

Begrüssungsreferat von **Christoph Ammann**, Regierungspräsident des Kantons Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

An der Westwand dieses Saals, also mir gegenüber, sehen Sie die beiden dunklen Fenster der Übersetzerkabinen. Die Empore davor bietet auf zwei Pultreihen 29 Arbeitsplätze. Diese dienen den Medienschaffenden für ihre Berichterstattung während der Sessionen des Grossen Rats.



Gleich 29 Plätze für die Presse! Da hat Robert Grimm, ehemaliger Regierungsrat, Baudirektor und der Vater des letzten grossen Rathausumbaus vor 80 Jahren, grosszügig kalkuliert. Doch niemand hätte dem Bauherrn unsachgemässe Verwendung von Steuergeldern vorgeworfen, weil er für mehr als zwei Dutzend Journalistinnen und Journalisten die Möglichkeit schuf, die Ratsdebatten aus bester Perspektive live zu verfolgen.

Im Gegensatz zum Grossratssaal des Kantons Zürich, wo sich die Arbeitsplätze der Medien unten in der Mitte des Raumes befinden, eingerahmt von den Parlamentsmitgliedern, beobachten die Berner Medien den Ratsbetrieb seit drei Generationen aus luftiger Distanz. Sie können den Volksvertretern also im wahren Sinne über in die Schultern blicken.

Es mag für uns heute selbstverständlich sein, den Medienschaffenden genügend Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Aber das war nicht immer so. Zwar hatte man – zu meiner Linken – bereits zu Beginn des demokratischen Rechtsstaats im Kanton Bern im Jahre 1834 eine Tribüne für das Volk und die Berichterstatter im Grossratssaal eingebaut. Eine solche dann im Jahr 1942 – über 100 Jahre später – explizit für die Presse bereitzustellen, war ein weiterer grosser Schritt der Öffnung der Politik gegenüber der Bevölkerung.

Zum einen bedeutete es die Abkehr von der damals üblichen Ratsberichterstattung durch die politischen Meinungsführer (ich verwende hier bewusst nicht die geschlechtsneutrale Form). In diesen Texten hatten die politischen Schwergewichte ohnehin eher ihre politische Meinung als die Fakten verbreitet.

Zum anderen hatte sich inzwischen der unabhängige Journalismus zu einem wesentlichen Element der Politik entwickelt. Eine separate Pressetribüne mit den zugehörigen Arbeitsräumen war deshalb ein wichtiges Element in der Berichterstattung über das politische Geschehen geworden. Darauf musste bei der Erneuerung des Rathauses unbedingt Rücksicht genommen werden. Der Staat rollte den Medien mit dem Bau eines separaten Arbeitsbereichs im Grossratssaal damals quasi den Teppich aus.

Doch heute hat man leider den Eindruck, die Plätze dort oben auf der Pressetribüne seien ungefähr so begehrt wie YB-Tickets in den Neunzigerjahren... Immer öfter sitzt dort oben nur noch ein zahlenmässig bescheidenes Trüppchen, das die Arbeit des Grossen Rats vor Ort medial begleitet.

Auch im historischen Kontext betrachtet, tut die Entwicklung weh. Ich versuche, mich in die Zeit zu versetzen, als der Umbau dieses Gebäudes stattfand. Mitten im Krieg! Der grösste Teil der übrigen Bevölkerung in Europa wurde damals auf Geheiss faschistischer Regimes durch eine gleichgeschaltete Presse informiert. Doch für die Schweiz war es eine Blütezeit des Journalismus, als Rudolf von Salis über den Landessender Beromünster Woche für Woche mit der Weltchronik unzensiert über die aussenpolitischen Ereignisse und Entwicklungen informierte. Und in Bern stellt man der Presse eine grosse Tribüne mitten im Ratssaal zur Verfügung. In dunklen Zeiten ein starkes Zeichen für die Meinungs- und Pressefreiheit!

Drei Generationen lang wurde die politische Arbeit in diesem Kanton journalistisch eng begleitet. Doch wird das auch in ein paar Jahren der Fall sein? Ich weiss es nicht. Tatsache ist, dass sich die Art und Weise der Medienberichterstattung auch im Kanton Bern immer schneller verändert.

Für diesen Wandel gibt es mit Blick auf die Ratsberichterstattung zwei Hauptgründe. Zum einen ist es sicher das Live-Streaming. Damit lassen sich die Debatten heute bequem aus der Redaktionsstube verfolgen. Wer also keine Quotes oder keine Bilder von einem Ratsmitglied braucht, kann für die Berichterstattung in der Redaktionstube sitzen bleiben.

Der andere Grund ist die Entwicklung in der Medienlandschaft.

Zugegeben: Es gibt für die Medienschaffenden bestimmt spannendere Themen, als das Begleiten der oft langen Ratsdebatten. Denn vieles, was im Rat zur Sprache kommt, ist vorbereitet,

konsolidiert, Überraschungen sind entsprechend selten. Somit ist es aus der Warte der Chefredaktionen verständlich, wenn sie sich am Vorabend die Frage stellen, ob es sich für das Medium lohnt, am nächsten Tag aus der personell immer knapper dotierten Redaktion jemanden für die Berichterstattung aus dem Berner Kantonsparlament aufzubieten.

Die Folge: Die meisten der 29 Plätze der Pressetribüne bleiben immer häufiger verwaist. Ist damit der kritische Blick von «oben» auf die Debatten und Entscheide unserer Volksvertreterinnen und Vertreter noch gewährleistet? Und zwar auf politische Entscheide, die uns und unseren Lebensalltag oft sehr direkt betreffen, schliesslich wird in diesem Haus vier Mal im Jahr um wichtige Fragen zu zentralen Themen wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Steuern, Umwelt, Landwirtschaft und Verkehr gerungen.

Die rückläufige Entwicklung passiert im Kanton Bern trotz einer weiterhin grossen Medienvielfalt. Denn im Gegensatz zu anderen Landesteilen kennt der Kanton auch heute noch mehrere in direkter redaktioneller Konkurrenz stehende Zeitungen. Zudem existieren im Kanton nicht weniger als acht Radio- und zwei TV-Stationen sowie einige Online-Portale. Sie alle verfolgen die kantonale Politik. Oder besser gesagt: Sie könnten sie verfolgen.

C'est un plaisir pour moi de vous accueillir à cette conférence nationale consacrée au rôle des cantons face à la transformation des médias. Ce sera l'occasion d'étudier en profondeur les conséquences, pour la société, de l'évolution fulgurante que connaît le secteur de la presse et l'approche que nous souhaitons adopter face à ce phénomène.

Même si une certaine concurrence subsiste entre les médias dans le canton de Berne, la tendance générale et les difficultés qui frappent le secteur ne nous ont pas échappé. La décision de Tamedia de regrouper la majeure partie du contenu rédactionnel des deux quotidiens bernois *Berner Zeitung* et *Bund* a fait l'effet d'un électrochoc, il y a deux ans. Et il est également préoccupant que la SSR emboîte le pas à cette dynamique centralisatrice, alors qu'elle est investie d'une mission de service public dans un Etat fédéral.

Les inquiétudes sont grandes et les politiciens bernois ont décidé d'empoigner le problème. En août, le gouvernement a adopté un rapport sur l'aide aux médias. Le Grand Conseil va maintenant débattre des possibilités et des mesures proposées pour soutenir les médias au niveau cantonal. La commission compétente a largement approuvé le rapport à l'intention du plénum, qui s'y penchera à son tour dès la semaine prochaine. Peut-être que ce jour-là, la tribune de la presse sera plus garnie ...

Der Bericht der Berner Kantonsregierung analysiert die Mediensituation im Kanton Bern und zeigt die in beschränktem Umfang möglichen und aus Sicht der Exekutive sinnvollen Möglichkeiten der indirekten Medienförderung für den Kanton Bern auf.

Der Druck auf die traditionellen Medien als Folge der rasanten Entwicklungen im Internet und in den sozialen Medien wird noch weiter steigen. Auch die Tendenz, dass sich immer weniger Leute über Medien informieren, die nach redaktionellen Grundsätzen arbeiten, lässt sich vielleicht nicht mehr rückgängig machen. Diese Entwicklungen fordern unser politisches System zunehmend heraus.

Werden wir als Kanton Bern mit den ins Auge gefassten indirekten Fördermassnahmen etwas ändern können? Oder können die Kantone zusammen oder zusammen mit dem Bund etwas dazu beitragen, die Entwicklung zu verlangsamen oder sogar zu stoppen?

Diskussionsstoff bietet heute auch die Frage, ob sich der Staat überhaupt in irgendeiner Weise in der Medienförderung engagieren soll. Falls ja, kann er etwas bewirken, um die Kraft des Marktes zu beeinflussen? Eine weitere zentrale Frage wird sein, wie sichergestellt werden kann, dass die Bürgerinnen und Bürger jene Informationen kennen, die sie brauchen, damit sie die politische Realität, von der sie in einem Kanton unmittelbar betroffen sind, überhaupt wahrnehmen und diese mitgestalten wollen und zu können. Könnte man nicht sogar sagen, dass die Förderung der Medienkompetenz der jungen Bürgerinnen und Bürger der «Aufklärung» im digitalen Zeitalter entspricht? Es wäre eine medienpolitisch begründete Bildungsoffensive gegen die zunehmende Abhängigkeit von den Reizen der Informationsflut im Internet.

Die Diskussion über den Medienwandel und die Folgen für die Kantone wird mit dem heutigen Seminar breit angestossen. Es ist höchste Zeit. Ich danke den Verantwortlichen der ch Stiftung für diesen Schritt und die Organisation des Anlasses.

Wir haben mehr als genug Gesprächsstoff für die heutige Tagung!